



Presseschau vom 16.07.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Natalia Pawlowa: Berlin und Moskau veranstalten zum 75. Jahrestag der Potsdamer Konferenz getrennte Ausstellungen

Die Meinungen russischer Historiker zu Formulierungen über den Ausgang des Zweiten Weltkrieges gingen mit denen der deutschen Kollegen weit auseinander, und so weigerten sie sich, Exponate für die Schlüsselausstellung über die Potsdamer Konferenz zur Verfügung zu stellen. In der Nachrichtenagentur Rossiya Segondnya erklärten sie die Gründe dafür. ...

<https://sptnkne.ws/Dasm>

Susan Bonath: Mutmaßliche Mordserie im Polizeirevier Dessau: Landesregierung blockiert juristische Berater

Juristische Sonderberater sollten die Fälle Jalloh, Bichtemann und Rose im Landtag von Sachsen-Anhalt aufarbeiten. Doch das Ministerium blockiert, Richter und Staatsanwälte verweigern die Auskunft. Die SPD will nun doch einen Untersuchungsausschuss – in einem Jahr. ...

<https://de.rt.com/28nj>

Tanja Trikić: Kein Kosovo-Vertrag bis Jahresende: Brüssels Optimismus nur Heuchelei?

Heute wird in Brüssel nach einer langen Pause der Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo unter Vermittlung der EU wiederaufgenommen. Ein realistisches Abkommen zwischen Belgrad und Pristina scheint unerreichbar, wenn die politische Elite der kosovarischen

Albaner völlig unmöglich erfüllbare Forderungen stellt. Belgrad kann darauf nicht eingehen.

...

<https://sptnkne.ws/DaDp>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **USA brauchen Russlands Unterstützung in Afghanistan – Pompeo**

Die USA haben gegenüber der russischen Seite deutlich gemacht, dass sie bei der Beilegung des Afghanistan-Konflikts auf Moskaus Unterstützung angewiesen sind. Der US-Außenminister Mike Pompeo hat sich in einer von der Zeitung „The Hill“ organisierten Videoveranstaltung zu dem Thema geäußert.

„Wir haben den Russen klar gemacht, dass wir ihre Unterstützung bei diesen Bemühungen (für die Beilegung des Afghanistan-Konflikts – Anm. d. Red.) benötigen (...) Wir haben ihnen klar gemacht, dass wir zusammenarbeiten müssen, damit Afghanistan ein souveränes, unabhängiges und friedliches Land ist. Ich denke, das liegt im Interesse Russlands, Chinas, im Interesse der Afghanen“, sagte Pompeo.

Ob er kürzlich in einem Gespräch mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow die Berichte thematisiert habe, dass Russland den Taliban angeblich Belohnung für Angriffe auf US-amerikanische Soldaten angeboten habe, lautete eine Frage an den US-Außenminister.

„Ja, natürlich. Ich habe viel mit meinen russischen Partnern gesprochen, ich habe viel mit Partnern vom russischen Aufklärungsdienst gesprochen, als ich Direktor der CIA war“, antwortete Pompeo, ohne anzugeben, ob es gerade um die Berichte ging.

Die Zeitung „The New York Times“ hatte am vergangenen Freitag unter Berufung auf anonyme Mitarbeiter der US-Geheimdienste einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wurde, dass die russische Militäraufklärung Terrorkämpfern, die mit den Taliban verbunden seien, eine Belohnung für Angriffe auf US-Soldaten in Afghanistan angeboten hätte. In dem Beitrag wurden keinerlei Beweise angeführt.

Die russische Botschaft in Washington hat den Artikel der „New York Times“ als „Fake“ bezeichnet. Später wies auch die Taliban-Bewegung die besagte Behauptung als nicht wahrheitsgemäß zurück.

Der amerikanische Präsident Donald Trump teilte diesbezüglich mit, dass der US-Nachrichtendienst diese Informationen für nicht vertrauenswürdig halte und sie ihm deshalb nicht zur Verfügung gestellt habe. „Möglicherweise handelt es sich um einen weiteren Schwindel, der mit Russland verbunden ist. Möglicherweise will die ‚New York Times‘ die Republikaner mit Hilfe von Fake News in ein schlechtes Licht rücken“, twitterte Trump dazu.

de.sputniknews.com: **Pompeo droht mit Sanktionen für Nord Stream 2-Teilnahme – Betreiber antwortet**

Die Drohungen des US-Außenministeriums, Sanktionen gegen die am Bau der Gasleitung Nord Stream 2 beteiligten Firmen zu verhängen, sind als eine Missachtung von Interessen der europäischen Wirtschaft zu betrachten. Der Betreiber Nord Stream 2 AG hat sich dazu gegenüber der Agentur RIA Novosti am Mittwoch geäußert.

Energieunternehmen aus Österreich, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden hätten sich verpflichtet, fast eine Milliarde Euro pro Land in das Projekt zu investieren, und mehr als tausend Firmen aus 25 Ländern würden sich voll und ganz für dessen Fertigstellung einsetzen, hieß es.

Wenn die Pipeline nicht fertig gebaut werde, würden die Europäer Milliarden Dollar mehr für Gas bezahlen.

„Steigt aus oder riskiert die Folgen“

Zuvor hatte der US-Außenminister Mike Pompeo Strafmaßnahmen für die Unternehmen

verkündet, die im Zusammenhang mit den Pipeline-Projekten Nord Stream 2 in der Ostsee und Turkish Stream im Schwarzen Meer stehen. Dabei berief er sich auf die öffentlichen Anwendungshinweise für CAATSA (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act, dt. Gesetz zur Implementierung und Ausweitung von Sanktionen – Anm. d. Red.), die nun auf den neuesten Stand gebracht worden seien.

„Politischer Druck“

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte daraufhin, dass Washingtons Drohungen als „Indikator für die Schwäche des US-amerikanischen Systems“ anzusehen seien. Die Vereinigten Staaten würden im Interesse eines unlauteren Wettbewerbs politischen Druck ausüben, hieß es.

Gaspipelinebau

Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Pipeline-Strängen von der russischen Küste durch die Ostsee nach Deutschland. Die USA lehnen das Projekt aktiv ab und promoten ihr Flüssigerdgas. Gegen das Projekt treten auch die Ukraine und eine Reihe europäischer Länder auf.

Die Arbeiten zur Verlegung der Pipeline wurden eingestellt, nachdem die USA Ende letzten Jahres das Verteidigungsbudget verabschiedet hatten. Es enthielt Sanktionen gegen jene Unternehmen, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt waren. So hat beispielsweise das Schweizer Unternehmen „Allseas“, das mit der Verlegung der Gasleitung beschäftigt war, seine Arbeit eingestellt.

de.sputniknews.com: USA verhängen erneut Sanktionen gegen Russen

Das Amt zur Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (Office of Foreign Assets Control, OFAC) des US-Finanzministeriums hat am Mittwoch in einer Mitteilung bekanntgegeben, Sanktionen gegen drei Personen und fünf Unternehmen verhängt zu haben, die mit dem russischen Geschäftsmann Jewgeni Prigoshin verbunden sein sollen.

Von den Sanktionen seien Andrej Mandel, Michail Potepkin, Igor Lawrenkow betroffen, die Prigoshins „globale Operationen erleichtert“ haben, hieß es. Bei den bestraften Unternehmen geht es der Mitteilung zufolge um die Firma M Invest und deren Tochtergesellschaft Meroe Gold. Weitere drei Unternehmen mit Sitz in Thailand und Hongkong sollen zwischen 2018 und 2019 mehrere Transaktionen in Millionenhöhe im Interesse von Prigoshin getätigt haben. Prigoshin sei mit Hilfe der Betroffenen über Unternehmen im Sudan, in Hongkong und in Thailand den US-Sanktionen entgangen und habe Transaktionen in US-Dollar getätigt, so der Vorwurf.

Alle Vermögenswerte dieser Personen in den USA seien gesperrt worden und den US-Bürgern sei es generell untersagt worden, mit ihnen Geschäfte zu machen, hieß es. Alle Unternehmen, die zu 50 Prozent oder mehr diesen Personen gehören, seien ebenfalls gesperrt worden.

Frühere Anschuldigungen

Ende März hatte die US-Zeitung „The Hill“ berichtet, dass mehrere Mitglieder des US-Repräsentantenhauses den Leiter der EU-Delegation in den Vereinigten Staaten, Stavros Lambrinidis, aufgefordert hätten, Prigoshin Sanktionen aufzuerlegen, angeblich wegen seiner „Bemühungen, sich in Wahlen in den USA einzumischen“. Zugleich forderte der Geschäftsmann den Generalstaatsanwalt William Barr auf, den Fall gegen sein Unternehmen „Concord Management and Consulting“ wieder aufzunehmen, damit er öffentlich seine Unschuld beweisen könne.

Kurz davor hatten die US-Behörden das Verfahren gegen zwei Firmen von Prigoshin abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft hatte wenige Wochen vor Beginn des Prozesses eine solche Initiative ergriffen. Die Veröffentlichung der Beweisgrundlage würde nur die Methoden der US-amerikanischen Strafverfolgungsbehörden enthüllen können, aber de facto nicht dazu beitragen, „Concord“ vor Gericht zu stellen, hieß es damals.

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **Großbritannien sollte sich Beispiel an Türkei bei Kriegführung nehmen – Verteidigungsminister**

Der britische Verteidigungsminister Ben Wallece hat die bahnbrechende Rolle türkischer Drohnen in der modernen Kriegführung im Nahen Osten und in Nordafrika betont. Konkret geht es um Bayraktar TB2, die als „Killer“ der russischen Kurzstrecken-Flugabwehrraketenanlagen Panzir bekannt sind. Das berichtet die türkische Nachrichtenagentur „Anadolu“.

London solle sich bei Fragen der Verteidigung ein Beispiel an anderen Ländern nehmen, sagte der Minister.

„Schauen Sie, wie die Türkei in Libyen operiert, wo sie seit Mitte 2019 Bayraktar TB-2 einsetzt“, sagte Ben Wallace auf einer virtuellen Versammlung der Air and Space Power Conference.

Diese Drohnen seien erfolgreich für die Sammlung von Aufklärungsinformationen, zur Überwachung und bei Einsätzen gegen Frontlinien, Versorgungsleitungen und Logistikbasen genutzt worden.

Wallace erinnerte außerdem daran, dass die türkische Armee im Juli vergangenen Jahres Kommandopunkte und zwei Transportflugzeuge auf dem von der libyschen Nationalarmee kontrollierten Flugplatz al-Jufra vernichtet hätten.

Bei den Operationen der Türkei in Nordsyrien unterstrich Wallace den Erfolg der dort eingesetzten leicht bewaffneten Drohnen, von intelligenter Munition und elektronischer Kriegführung. Die Türken sollen 3.000 syrische Soldaten, 151 Panzer, acht Hubschrauber, drei Drohnen, drei Jagdflugzeuge, Lastwagen, acht Luftverteidigungssysteme sowie andere Ausrüstung vernichtet haben.

„Auch wenn nur die Hälfte dieser Behauptungen stimmt, sind die Auswirkungen bahnbrechend“, sagte Wallace.

Auf der Konferenz gab Wallace zudem bekannt, dass Großbritannien einen Vertrag über 81,8 Millionen US-Dollar für den Bau der ersten drei Protector-Drohnen in Großbritannien unterzeichnet habe. Sie sollen Mitte 2024 in Dienst gestellt werden und würden das erste von Großbritannien betriebene System sein, das weltweit Missionen durchführen kann. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32636/52/326365245_0:659:1000:1200_1000x541_80_0_0_eadfeeab75149a05cbe88282fbfe0520.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 15. Juli 3:00 Uhr bis 16. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen von Seiten der BFU 6.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Kominternowo, Kulikowo.**

Opfer

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 180.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 22.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Nasa-Auftrag: Boeing will Betrieb der ISS bis 2024 unterstützen

Der US-Flugzeugbauer Boeing hat einen Auftrag in Höhe von 916 Millionen US-Dollar von der Nasa bekommen, in dessen Rahmen er weiterhin die Arbeit der Internationalen Raumstation (ISS) unterstützen wird. Dies geht aus einer Boeing-Mitteilung am Mittwoch hervor.

Boeing wird demnach mit der Nasa bis September 2024 kooperieren und Dienstleistungen in Höhe von 916 Millionen US-Dollar bereitstellen.

„Boeing wird technische Unterstützung, Ressourcen, persönliche Dienstleistungen an Bord der ISS bereitstellen sowie viele Stationssysteme steuern“, so der Bericht.

Das Unternehmen sei seit 1993 ISS-Hauptauftragnehmer. Bei Entwicklung, Montage und Besiedlung und bei täglichen Operationen an Bord der ISS hat Boeing mit der Nasa eng zusammengearbeitet, um der Agentur und ihren internationalen Partnern zu helfen, für die Sicherheit der Astronauten und Kosmonauten zu sorgen, heißt es.

Lug-info.com: Am 16. Juli um 9:00 sind in der LVR 583 Fälle von

Coronavirusinfektionen registriert, teilt das Gesundheitsministerium mit.

Davon wurde inzwischen nach zwei negativen Tests 501 als gesund entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gab es 14 Todesfälle.

de.sputniknews.com: Trump-Administration erwägt US-Einreiseverbot für chinesische Kommunisten – Zeitung

Die Administration von Donald Trump prüft die Möglichkeit, Mitgliedern der Kommunistischen Partei Chinas und ihren Angehörigen die Einreise in die USA zu verbieten, schreibt die „New York Times“ unter Berufung auf Insiderquellen.

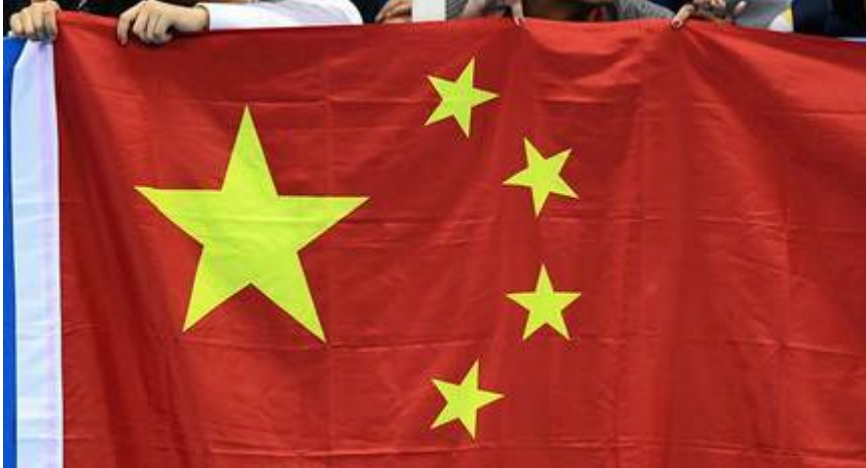
Demnach könnte das entsprechende Dokument, dessen Entwurf sich jetzt im Diskussionsstadium befindet, auch die Annullierung der Visa von Mitgliedern der KP Chinas ermöglichen, die sich derzeit in den USA aufhalten.

Laut der Zeitung wird außerdem vorgeschlagen, die Einreise von Angehörigen der Volksbefreiungsarmee Chinas und leitenden Mitarbeitern chinesischer Staatsunternehmen einzuschränken. Die Quellen schließen nicht aus, dass Trump den Plan, dessen Details noch

nicht endgültig bestätigt seien, ablehnen könnte.

Der US-Präsident hatte zuvor bekannt gegeben, ein Gesetz unterzeichnet zu haben, gemäß dem China wegen seines Verhaltens in Bezug auf Hongkong zur Verantwortung gezogen werde. Das Gesetz (Hong Kong Autonomy Act) war von den beiden Kammern des US-Kongresses einstimmig angenommen worden.

Das Dokument sieht Sanktionen gegen ausländische Privatpersonen und Unternehmen vor, die gegen die gemeinsame chinesisch-britische Erklärung zu Hongkong aus dem Jahr 1984 und das Grundgesetz Chinas verstießen, laut dem Hongkong als eine Sonderverwaltungsregion Chinas definiert wird. Trump unterzeichnete ferner einen Erlass über die Aufhebung wirtschaftlicher Vorzugshandlungen für Hongkong.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/31221/37/312213743_0:449:2584:1848_1000x54180_0_0_7a480b1cfbb6756a03b7ef93e0d6903d.jpg

Mzdnr.ru: Am 15. Juli wurden in der DVR 18 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Ein Fall von Erkrankung mit dem Coronavirus wurde bei einem Bürger festgestellt, der 7. Juli aus der Ukraine eingetroffen ist. Die übrigen Fälle sind Kontaktpersonen zu bereits vorher Erkrankten. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Nach zwei negativen Tests wurden 14 Menschen als gesund entlassen.

Außerdem gab es drei Todesfälle – Männer im Alter von 74 und 62 Jahren und eine Frau im Alter von 84 Jahren.

Am 16. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1444 Fälle von Infektionen registriert. 682 Patienten sind derzeit in Behandlung, 675 als gesund entlassen, es gibt 87 Todesfälle.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Kreml zu US-Sanktionsdrohung gegen Nord Stream 2: „Grober Druck auf europäisches Business“

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat am Donnerstag die Androhung möglicher US-Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2 kommentiert. Am Vortag hatte der amerikanische Außenminister Mike Pompeo entsprechende Restriktionen verkündet.

Im Hinblick auf mögliche Sanktionen gegen Nord Stream 2 sagte Peskow vor Journalisten: „Das ist eine weitere Fortsetzung dieser negativen Erscheinungen, die Fortsetzung dieser groben Linie (...).“ Dabei werde „grober Druck auf das europäische Business“ ausgeübt, „zu dem auch unsere Unternehmen gehören“. Ferner sagte er:

„Das ist natürlich nichts anders als die Fortsetzung der unlauteren Konkurrenz, der Versuch, die Europäer dazu zwingen, teureres Gas unter weniger günstigen Bedingungen zu kaufen.“ Zuvor hatte Pompeo Strafmaßnahmen für Unternehmen verkündet, die im Zusammenhang mit den Pipeline-Projekten Nord Stream 2 in der Ostsee und Turkish Stream im Schwarzen Meer stehen. Dabei berief er sich auf die öffentlichen Anwendungshinweise für CAATSA (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act, dt.: Gesetz zur Implementierung und Ausweitung von Sanktionen – Anm. d. Red.), die nun auf den neuesten Stand gebracht worden seien. ...

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR E. Basurin am 16.07.2020**

Zurzeit unternimmt die militärisch-politische Führung der Ukraine alle möglichen Maßnahmen, um sich gegenüber den Kuratoren aus den USA für die offene Provokation und den sinnlosen Tod ausländischer Söldner am 13. Juli im Gebiet von Sajzewo zu rechtfertigen. Wir haben die **Identität des gestern der ukrainischen Seite übergebenen toten Diversanten ermittelt Er ist ein Söldner aus den USA**, John Fuller mit Codenamen „Texas“, der Erfahrungen in Kriegshandlungen im Irak hat und als Spezialist für Sabotageangelegenheiten bekannt ist. Nach uns vorliegenden Informationen war John Fuller ein Anhänger ultrarechter Ansichten und arbeitete aktiv mit ukrainischen Nationalisten zusammen. Auf einigen Elementen seiner Kleidung (Kopfbedeckung und Kragen) fand sich nazistische Symbolik.

Außerdem erschüttern der besondere Zynismus und die Prinzipienlosigkeit der militärisch-politischen Führung der Ukraine, die, um die wahren Motive des Diversionsausfalls zu verheimlichen, versucht, Fakten zu fälschen und vom Tod eines angeblichen „Militärarztes“ spricht.

Um die wahren Ursachen des Geschehens zu ermitteln, haben unsere Spezialisten eine zusätzliche Untersuchung des Ortes, wo die Diversionsgruppe auf eine Mine geraten ist, vorgenommen. Ddort wurde die **Leiche eines weiteren Diversanten entdeckt**. Bei der Identifizierung der Leiche wurde festgestellt, dass der Tod in der Folge des Geratens auf eine Mine eintrat, wovon die Art der Splitterverletzungen zeugt. Bezüglich der Untersuchung des sich bei ihm befindenden Materials ist anzumerken, dass die Version der ukrainischen Seite, dass der Tote Militärmediziner ist, keinerlei Kritik standhält. Die Ausrüstung des Toten ist charakteristisch für Spezialeinheiten und Diversions- und Erkundungsgruppen und zeugt von der Absicht des Gegners, einen stoßtruppmäßigen Diverions- und Erkundungsausfall unter Heranziehung ausländischer Söldner durchzuführen.

Bei dem Toten wurde der Pass eines Bürgers Estlands auf den Namen Mikola Ilin gefunden.

Das gefundene Material und die Waffen sind hochwertige teure Gegenstände aus der Produktion von NATO-Ländern, die von Einheiten der Spezialoperationskräfte eingesetzt werden und zur Nutzung sowohl tagsüber als auch nachts vorgesehen sind.

An der Leiche wurde eine Maschinenpistole AKS-74 Nr. 6428029 gefunden.

Die Panzerwest LBT6094 ist mit Patronentaschen für automatische Magazine, einem Nachtsichtgerät „AN/PVS-14“ aus USA-Produktion und einem taktischen Scheinwerfer mit Infrarotmodus. Als zusätzliche Videoaufzeichnungsmittel und zur folgenden Analyse der Handlungen der Diversanten wurde eine Action-Kamera „Contour ROAM Hands-free HD“ eingesetzt.

Ein leichter Kopfschutz „MICH/ACH-CCO“ (FAST) ist mit Befestigungen zum Anhängen von Ausrüstung versehen, insbesondere des Nachtsichtgeräts „AN/PVS-14“, des taktischen Scheinwerfers mit Infrarotmodus „Princeton Tec – Remix Pro“ und der Action-Kamera. Außerdem ist am Helm ein zusätzliches Tarnnetz befestigt. Ballistische Brillen „ESS Crossbow“ in Varianten für eine Nutzung tagsüber und nachts sind vorhanden. Unter dem

Material wurde auch ein Kompass gefunden.

Die Nutzung einer solchen Ausrüstung ist charakteristische für Aufklärungseinheiten der Spezialoperationskräfte. Es muss daran erinnert werden, dass die Mitarbeiter der Spezialabteilung des SBU „Alpha“, die im Dezember 2019 bei einem Versuch, eine Diversion auf dem Territorium der Republik zu begehen, vernichtet wurden, eine ähnliche Auswahl an Ausrüstung hatten, was direkt darauf verweist, dass der tote Soldat zu den Aufklärungs- und Diversionseinheiten gehörte.

Diese Sachverhalte bestätigen die Absurdität der Version des offiziellen Kiew, dass dies ein Militärarzt war. Außerdem, wie groß auch der Wunsch des ukrainischen Kommandos gewesen sein mag, den toten Soldaten vom Explosionsort zu bergen, es hätte niemals das Leben eines ausländischen Söldners riskiert, indem es ihn in die Gefahrenzone schickte.

Der erfolgte Sachverhalt hat den Kommandeur der 35. Marineinfanteriebrigade Palas in eine ausweglose Lage gebracht. Er weiß sehr gut, dass den Tod der Ausländer ihm nicht nur niemand verzeihen wird, sondern dass ihm auch der Verlust von Rangabzeichen und eine Entbindung von seiner Funktion drohen. In diesem Zusammenhang hat er sich auf die Schnelle eine Legende über eine „mythische“ Bergungsgruppe des GZKK mit charakteristischen Erkennungsmerkmalen von medizinischem Personal in weißen Helmen und Westen ausgedacht. Diese Version, die alle zufrieden stellte, wurde auch von den ukrainischen Massenmedien aufgenommen. Es muss angemerkt werden, dass die einzigen medizinischen Mittel, die bei der Leiche entdeckt wurden, ein Standardpäckchen eines Aufklärers zur Leistung von erster Hilfe ist.

Die Beunruhigung des Präsidenten der Ukraine Selenskij über die Todesfälle ausländischer Söldner im Rahmen einer Diversionsgruppe in der OOS-Zone wird offensichtlich, damit droht der Verlust des Vertrauens sowohl seiner Kuratoren aus den USA als auch der Partner aus den Ländern des Normandie-Formats.

Die Feststellung, dass die toten Diversanten Bürger von NATO-Staaten sind, erklärt, dass zur Untersuchung eines gewöhnlichen Falls von Geräten auf eine Mine in der OOS-Zone eine komplexe Kommission aus führenden Persönlichkeiten des Verteidigungsministers und des Büros der Präsidenten der Ukraine entsandt wurde.

Mehr noch, nach uns vorliegenden Informationen ist im Verantwortungsbereich der 35. Brigade, wo die Ausländer starben, außerplanmäßig ein Besuch von Vertretern der amerikanischen Botschaft geplant.

Die Aktivierung des propagandistischen Tätigkeit einer Reihe westlicher Botschaften in der Ukraine, die uns des Todes von angeblichen Militärärzten beschuldigen, wird nun verständlich.

de.sputniknews.com: **Google Maps löscht Palästina von der Landkarte**

Palästina ist von den Landkarten der amerikanischen Internetfirma Google verschwunden. In einer Suchanfrage werden die Nachbarstaaten angezeigt, doch der Name Palästina befindet sich nicht auf der Karte.

Zugleich ist Palästina auf den Landkarten des russischen Online-Geodatendienstes Yandex.Maps immer noch zu finden. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/07/10/327508406_1:0:1225:897_1224x897_80000_af0b28b834358de0abccd4e877756e1b.png

de.sputniknews.com: **132 Menschen bei nicht genehmigter Aktion in Moskau festgenommen**

Während einer nicht genehmigten Aktion im Zentrum der russischen Hauptstadt sind am Mittwochabend insgesamt 132 Menschen festgenommen worden. Dies teilte die Hauptverwaltung des russischen Innenministeriums mit.

Trotz der Absage von Moskauer Behörden für die Durchführung einer Aktion „hat eine Gruppe von Aktivisten eine nicht genehmigte Veranstaltung organisiert, in deren Laufe ein Zug durch den Strastnoj Boulevard mit der weiteren Sperrung der Fahrbahn nahe dem Haus № 8 des Petrowski Boulevards und eine Schaffung von Störungen im Straßenverkehr organisiert wurden“, heißt es in der offiziellen Mitteilung. Die Absage stützte sich auf das Dekret des Moskauer Oberbürgermeisters vom 5. März 2020 über das Regime der erhöhten Bereitschaft, das in der russischen Hauptstadt aufgrund der Coronavirus-Ausweitung verhängt worden war.

Die Beamten der Polizei und Nationalgarde unterbanden demnach die Verletzung der öffentlichen Ordnung im Zentrum Moskaus. 132 Menschen wurden dabei festgenommen und in Polizeireviere gebracht.

Zuvor hatte ein Reporter der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti mitgeteilt, dass die Polizeimitarbeiter nur jene Menschen gestoppt hätten, die auf die Fahrbahn gegangen seien und Warnungen von Sicherheitskräften ignoriert hätten.

Minderjährige unter den Festgenommenen

Die Kinder-Ombudsfrau Moskaus, Olga Jaroslawskaja, teilte mit, dass bei der Kundgebung zwölf Kinder festgenommen worden seien. Laut ihren Aussagen rief die Polizei die Eltern der Festgenommenen in die Polizeireviere. Sowohl die Kinder als auch die Erwachsenen mussten Erklärungen schreiben; danach wurden sie freigelassen. Sie fügte hinzu, dass sie aufklären werde, wer von den festgenommenen Kindern bereits bei dem Ausschuss für Angelegenheiten

von Minderjährigen registriert worden sei.

Die Beauftragte für Menschenrechte in Moskau, Tatjana Potjajewa, sagte dabei, dass sie bislang keine Beschwerden von den Festgenommenen erhalten habe. In der Nacht habe sie fünf Ersuchen von Menschenrechtlern bekommen.

Kreml kommentiert

Laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow ist es illegal, die Straßen während der Protestaktionen zu sperren. Auf die Frage, warum die Festnahmen nur in Moskau erfolgt seien, während in Sankt Petersburg eine ähnliche Kundgebung stattgefunden habe, sagte er: „Diese Frage ist wieder an die falsche Adresse gerichtet. Darauf können nur die Sicherheitskräfte antworten, die entsprechende Maßnahmen gegen Störer ergriffen haben.“

Ferner sagte er, man könne das Vorgehen der Sicherheitskräfte bei den nicht genehmigten Aktionen in Moskau nicht als Verwerfung bezeichnen. „Das können nur die Sicherheitsbeamten kommentieren.“ Dem fügte er noch hinzu:

„Natürlich sollen die Gesetze in allen Regionen gleich eingehalten werden, und die Bürgerrechte sollen absolut gleich gesichert werden. Das ist ein absolutes Axiom.“

Nicht genehmigte Aktion in Moskau

Die nicht genehmigte Aktion gegen die Ergebnisse der Abstimmung über die Verfassungsänderung hatte am Mittwoch im Zentrum Moskaus um 19:00 Uhr begonnen. Laut Organisatoren soll man Unterschriften für die Abschaffung der Abstimmungsergebnisse gesammelt haben.

Die Abstimmung über die Verfassungsänderungen erfolgte vom 25. Juni bis zum 1. Juli. Nach der Auszählung von 100 Prozent der Wahlzettel haben 77,92 Prozent der Wählerstimmen in Russland die größte Verfassungsänderung in der Geschichte des Landes unterstützt. 21,27 Prozent stimmten laut Angaben der Zentralen Wahlkommission Russlands dagegen. Die Wahlbeteiligung wurde mit 67,97 Prozent angegeben.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/07/10/327508818_0:25:3075:1689_1000x541_80_0_0_91e8f7e47106184120b0d1ecc748ae75.jpg

Mil-Inr.info: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz am 16. Juli 2020

Nach Informationen von Beobachtern der Vertretung der LVR im GKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Trotz der Unzufriedenheit der Einwohner der von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorien **stationiert das Kommando der sog. OOS weiter Militärtechnik in Wohngebieten** von kontrollierten Ortschaften und gefährdet so örtliche Einwohner.

Nach Informationen unserer Aufklärung wurde im Verantwortungsbereich der 30 Brigade in einem privaten Sektor von Popasnaja die Stationierung eines Panzerfahrzeugs „Kosak-2“ festgestellt, mit dem die Besatzer mehrfach mit hoher Geschwindigkeit auf den allgemeinen

Straßen von einem besetzten Haus in der Nogtenko-Straße zu Geschäften der Ortschaften sowie zu den Frontpositionen führen, ohne Verkehrsschilder oder Ampeln zu beachten.

In einem privaten Sektor von Mironowka haben Kämpfer der 24. Brigade eigenmächtig private Häuser eingenommen, in der Ortschaft sind 25 Mann einquartiert und drei Panzertransporter sind auf Gartengrundstücken stationiert.

Wir rufen die Einwohner der von den ukrainischen Streitkräften besetzten Ortschaften auf, die ukrainischen Verbrecher nicht zu fürchten, sondern ihre Rechte zu verteidigen, indem sie sich an die Organe der örtlichen Selbstverwaltung, die militärisch-zivile Verwaltung und den Stab der OOS wenden. Gerade die Vertreter der Staatsmacht sind verpflichtet, die Einhaltung der Rechte der Bürger auf den besetzten Territorien zu gewährleisten.

So nach dem Vorfall am 11. Juli in Nowoswanowka, als Kämpfer der 30. Brigade mit einem Schützenpanzer eine Bushaltestelle in der Sowjetskaja-Straße beschädigt haben und fast drei Bürger töteten. Die Einwohner der Ortschaft haben eine kollektive Beschwerde an den Leiter der Lugansker militärisch-zivilen Verwaltung und an den Ortsrat von Popasnaja geschrieben. Am 15. Juli hat unsere Aufklärung festgestellt, dass drei Schützenpanzer und ein Panzerfahrzeug aus der Ortschaft abgezogen wurden.

Trotz der regelmäßigen unbegründeten Erklärungen ukrainischer Politiker über die Notwendigkeit der Regelung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Wege trifft das Kommando der ukrainischen Streitkräfte weitere nicht friedliebende Entscheidungen. Davon zeugt das Fall, dass in den Einheiten der 25. Brigade drei Scharfschützenpaare eingetroffen sind, die im Ausbildungszentrum „Desna“ unter Leitung kanadischer Instrukteure ausgebildet wurden.

Außerdem wurden im Gebiet von Troizkoje im Verantwortungsbereich der 24. Brigade die Ankunft von zwei Scharfschützenpaaren aus dem Regiment „Asow“ bemerkt.

Zur Gewährleistung der Diversionsaktivitäten der Schützen wurden in das Feldartillerielager der OOS in Drushkowska 5250 Scharfschützenpatronen 7,62x51mm, zehn Scharfschützengewehre UAR-10 und sechs Scharfschützengewehre „Remington 700 Varmint“ aus dem 303. zentralen Artillerielager in Gorodok in der Oblast Shitomir geliefert.

...

de.sputniknews.com: **„Beispielloser Eingriff“: Deutsche Wirtschaft reagiert auf US-Drohung gegen Nord Stream 2**

Die Drohungen des US-Außenministeriums, Sanktionen gegen die am Bau der Gasleitung Nord Stream 2 beteiligten Firmen zu verhängen, ist laut dem Vorsitzenden des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Oliver Hermes, ein beispielloser Eingriff in die europäische Energiesouveränität.

„Die Androhung sofortiger US-Sanktionen gegen am Projekt Nord Stream 2 beteiligte europäische Unternehmen markiert einen unfassbaren Tiefpunkt in den transatlantischen Beziehungen. Quasi über Nacht und ohne Konsultationen mit europäischen Verbündeten werden bestehende Ausnahmeregelungen gekippt und rund 120 Unternehmen aus zwölf europäischen Ländern unmittelbar mit US-Sanktionen bedroht. Bereits umgesetzte Investitionen in Höhe von zwölf Milliarden Euro sind gefährdet“, heißt es in einer am Donnerstag veröffentlichten Stellungnahme von Hermes

Ihm zufolge müssen alle europäischen Gasverbraucher mit jährlichen Mehrkosten von bis zu vier Milliarden Euro rechnen, da dieser beispiellose amerikanische Eingriff in die europäische Energiesouveränität zu einer Verknappung des Angebots und damit zu überhöhten Preisen führen wird.

„Die USA treten damit den freien und fairen Wettbewerb mit Füßen und nutzen Sanktionen ohne Hemmungen zur Durchsetzung eigener Wirtschaftsinteressen. Der EU bleibt nichts anderes übrig, als in gebotener Schärfe auf diesen Erpressungsversuch zu reagieren. Die EU-Kommission muss, wie bereits angekündigt, alle Angriffe von außen auf ihre Souveränität

abwehren und dazu schnell einen harten Maßnahmenkatalog vorstellen“, so Hermes weiter. „Ein wirksamer Schutzschirm“ für die betroffenen europäischen Unternehmen werde benötigt, der diese vor finanziellen Schäden bewahren werde.

Auch erinnerte er daran, dass die seit 2014 bestehenden EU-Sanktionen gegen Russland dazu beigetragen hätten, dass der deutsch-russische Handel weiterhin jährlich rund 20 Milliarden Euro unter seinem alten Niveau liegt.

„Neue US-Sanktionen auf europäische Kosten sind völlig inakzeptabel“, betonte Hermes. ...

ukrinform.de: **EU stellt der Ukraine 105 Mio. EUR für Kleinunternehmen und Reformen zur Verfügung**

Die Vize-Premierministerin für die europäische und euro-atlantische Integration der Ukraine, Olha Stefanyshyna, hat mit der Europäischen Kommission drei Abkommen zur Finanzierung neuer EU-Hilfsprogramme für die Ukraine in Höhe von 105 Millionen Euro unterzeichnet. Laut dem Regierungsportal wird diese Finanzierung im Rahmen des EU-Hilfspakets für die Ukraine bereitgestellt, das auf die Unterstützung von Kleinunternehmen, Reformen und die Bekämpfung der Folgen der COVID-19-Epidemie gerichtet ist.

„Die Hilfe von der Europäischen Union wird auf eine Reihe von Bereichen gerichtet - von der Stärkung der Fähigkeiten der Behörden und der Bereitstellung der fachlichen Beratung über die Umsetzung von Reformen bis hin zu Investitionen in kleine landwirtschaftliche Betriebe und innovative Zuschüsse für die Entwicklung von Klein- und Mittelunternehmen. Die Umsetzung dieser Programme wird die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft stimulieren und eine wirksamere Bekämpfung der Herausforderungen im Gesundheitswesen ermöglichen“, sagte Stefanyshyna.

Es wird angemerkt, dass 60 Mio. EUR für das Programm der technischen Zusammenarbeit 2020 für die Steigerung der Fähigkeit der Behörden zur Durchführung von Reformen nach dem Assoziierungsabkommen zugeteilt werden; 25 Mio. EUR für die Umsetzung des EU-Unterstützungsprogramms für die Entwicklung der Landwirtschaft und der Kleinbetriebe in der Ukraine. 20 Mio. EUR für das Programm „EU4BUSINESS: Unterstützung für Klein- und Mittelunternehmen (KMU) in der Ukraine“.

dan-news.info: Eine **feierliche Versammlung aus Anlass des bevorstehenden Tages des Metallarbeiters** fand heute im Jusowskij-Metallwerk in Donezk statt. Dies teilte der Pressedienst der Gewerkschaftsföderation der DVR mit.

Um dem Arbeitskollektiv zu gratulieren kamen Vertreter des Ministeriums für Industrie und Handel, der Gewerkschaftsföderation, des Zentralrats der Gewerkschaft der Metallarbeiter und Bergleute, die örtliche Verwaltung sowie gesellschaftliche Aktivisten. Bei der Veranstaltung erhielten die besten Metallarbeiter Urkunden. Zudem erhielten die Bestarbeiter in der Produktion Geldprämien. Außerdem erhielten alle Arbeiter des Werks Lebensmittelpakete von der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“.

Der Tag des Metallarbeiters wurde 1957 in der UdSSR eingeführt. Heute wird er in einer Reihe postsowjetischer Länder am dritten Sonntag des Juli begangen. In diesem Jahr ist es der 19. Juli.

de.sputniknews.com: **Wieder russische Hacker schuld? Briten klagen über Datenklau beim Corona-Impfstoff**

Nach Angaben des britischen National Cyber Security Centre (NCSC) sollen die in Verbindung mit Russland stehenden Hacker angeblich versucht haben, Forschungsdaten zur Entwicklung des Corona-Impfstoffes in Großbritannien, den USA und Kanada zu stehlen. Moskau weist die Vorwürfe zurück.

„Das National Cyber Security Centre glaubt, dass sich die Gruppe unter der Bezeichnung

'APT29' (auch bekannt als 'Dukes' und 'Cozy Bear') mit Cyberspionage befasst und Teil der russischen Geheimdienste ist. Die National Security Agency der USA stimmt dieser Einschätzung zu. Im Jahr 2020 hat die 'APT29' verschiedene Behörden attackiert, die an dem Impfstoff gegen Coronavirus in Kanada, den USA und Großbritannien gearbeitet haben“, hieß es in der Mitteilung der britischen Sicherheitsbehörde.

Allerdings wies Moskau diese Anschuldigungen vehement zurück. Laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow habe Russland keine Informationen darüber, wer die britischen Pharmakonzerne angegriffen hatte.

Anfang Mai hatten britische und amerikanische Geheimdienste laut Medien umfangreiche Cyberangriffe auf britische Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen seitens einiger „feindlicher“ Staaten, einschließlich Russlands und Chinas, verzeichnet.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Nach vorläufigen Informationen gibt es durch Beschuss von Seiten der BFU auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks Verletzte unter der Zivilbevölkerung.

Außerdem wurden Schäden an folgenden Wohnhäusern festgestellt:

- Bokij-Straße 13A;
- Beslesnaja-Straße 3.

Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Waffenexport in Schweiz und Deutschland floriert:**

Geschäftsumfang fast verdoppelt

Während viele Branchen um ihre Existenz ringen und enorme finanzielle Probleme haben, scheint der Waffenexport zu florieren. Schweizer Unternehmen haben bisher fast doppelt so viel Gewinn erzeugt wie im Vorjahr. Doch nicht nur die Schweizer Waffenexporteure gewinnen drastisch: Auch Deutschland exportiert deutlich mehr.

Das erste Halbjahr zeigte sich sehr profitabel für Schweizer Unternehmen, welche sich auf den Export von Kriegsmaterial und Waffen spezialisieren. Das „Schweizer Radio und Fernsehen“ (SRF) berichtet, dass Kriegsmaterial im Wert von insgesamt 501 Millionen Franken (464 Mio. Euro) bisher exportiert wurde. Dies sei fast der doppelte finanzielle Umfang an Waffen, die in der Vorjahresperiode exportiert wurden – mit einem Wertbetrag von 273 Millionen Franken (253 Mio. Euro).

Flugabwehrsysteme und Panzer

Zu den größten Abnehmern gehören Indonesien, Dänemark, Botswana und Rumänien – dicht gefolgt von Deutschland. Laut Angaben des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) soll ein so hoher Sprung der Exporte nicht außergewöhnlich sein. Gerade Kriegsmaterialexporte würden immer generellen Schwankungen unterliegen. Ein hoher finanzieller Umfang in Geschäften könnte in einem Quartal vorliegen und im nächsten wieder fehlen.

Die Schweiz solle in insgesamt 55 Länder ihre Kriegswaffen exportiert haben. Darunter fallen Länder, die das Exportmaterial verwenden oder eventuell auch vor der Wiederausfuhr verarbeiten. Dabei seien vor allem Flugabwehrsysteme und Panzer am häufigsten gefragt. So habe nach Angaben des SRF Indonesien Flugabwehrsysteme im Wert von 110 Millionen Franken bezogen. Doch auch Dänemark importierte für den Wert von 80 Millionen Franken gepanzerte Fahrzeuge. Deutschland liege knapp hinter Rumänien mit Ausgaben von bis zu 50 Millionen Franken – für Munition, Einzelteile für Kanonen und Panzerfahrzeuge sowie für Hand- und Feuerwaffen.

Kritik

Diese Zunahme im Waffenexport beunruhigte das Netzwerk der politischen Bewegung „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee“ (Gsoa). Die politische Sekretärin der Gsoa sage dazu in einer Pressemitteilung:

„Die deutliche Zunahme ist nicht nur schockierend in Bezug auf die internationale Rolle der

Schweiz, sondern auch in Bezug auf das Verhalten der Rüstungsindustrie. Seit Jahren klagt sie darüber, wirtschaftlich zu leiden, um eine Lockerung der Exportkriterien zu erreichen. Und jetzt, in einer Zeit, in der viele Betriebe ums Überleben kämpfen, geht es ihr blendend.“ Der Hauptgrund der Kritik liege vor allem in der Waffenversorgung von kriegführenden Ländern im Jemenkrieg. So sei Kriegsmaterial im Wert von ungefähr fünf Millionen Franken nach Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und Bahrain exportiert worden.

Deutschland erlebt ebenfalls Exportboom

Doch nicht nur in der Schweiz scheint der Waffenexport eine wirtschaftliche Blüte zu erleben: Auch in Deutschland sind die Exportbeträge um ca. 40 Prozent gestiegen – so schreibt es die Zeitung die „Zeit“. Innerhalb der ersten vier Monate dieses Jahres lieferten deutsche Waffenexporteure Kriegsmaterial im Wert von 492 Millionen Euro ins Ausland. Die Zielländer waren vor allen Dingen Nato- und EU-Staaten. Auch hier wurden kritische Stimmen aktiv.

Eine Abgeordnete der Partei „Die Linke“, Sevim Dağdelen, meinte zur „Zeit“: „Die Ausfuhr von nahezu 40 Prozent mehr Kriegswaffen als im Vorjahreszeitraum in einer Welt, in der die Konflikte jeden Tag zunehmen, ist völlig unverantwortlich.“



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/07/10/327509791_0:331:3071:1993_1000x541_80_0_0_739cadb5577350e4cdc0431e8f77f0bd.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Genauere Informationen: Infolge des Beschlusses von Seiten der BFU auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** wurden verletzt:

- eine Frau geb. 1961, wohnhaft Bakij-Straße 13a (Splitterverletzung am Fuß);
 - ein Mann, geb. 1987, wohnhaft Beslesnaja-Straße 3a (Splitterverletzung am Rücken).
- Außerdem wurde die Fassade der in Betrieb befindlichen Schule Nr. 116 in der Samarskaja-Straße 1 beschädigt.

ukrinform.de: Außenministerium glaubt „friedlichen“ Erklärungen Russlands nicht, das Truppen an der Grenze stationiert

Die russische militärische Präsenz in den besetzten Gebieten und die Stationierung neuer Stützpunkte entlang der ukrainischen Grenze widersprechen den Erklärungen des russischen Außenministeriums, Russland habe keine aggressiven Pläne gegen die Ukraine, schreibt bei Twitter der stellvertretende Außenminister der Ukraine, Wassyl Bodnar.

„Vielleicht hat das russische Außenministerium solche Pläne nicht, obwohl es sehr zweifelhaft ist. Viele Lügen und Manipulationen über die Ukraine gehen gerade vom russischen Außenministerium aus. Und was macht das russische Militär in den vorläufig besetzten ukrainischen Gebieten der Krim und des Donbass, wofür sind die neuen Stützpunkte entlang

der Grenze, aktive Aufklärung...?“, twitterte Bodnar.

Der stellvertretende Außenminister der Russischen Föderation, Andrej Rudenko, erklärte in einem Interview mit Tass (Tass – russische Nachrichtenagentur), dass Russland keine aggressiven Pläne gegen die Ukraine habe und nicht haben könne.

abends:

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 16. Juli 2020

Kämpfer der 79. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Lueznko die Normen des internationalen humanitären Rechts verletzt und ein weiteres Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung des Donbass begangen, indem sie zielgerichtet das Feuer mit 82mm-Mörsern und Abwehrgeschützen auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** eröffnet haben.

Dabei wurden **zwei örtliche Einwohner verletzt**, eine Frau geb. 1961, und ein Mann, geb. 1987, es wurden zwei Häuser beschädigt: Bokij-Straße 13a, Belslesnaja-Straße 3. Außerdem wurde ein Schule in der Samarskaja-Straße 1 beschädigt.

Durch erwidernde Maßnahmen der Einheiten der Volksmiliz der DVR wurde die **Feueraktivität des Feindes unterdrückt**. Die Verluste beim Personal des Gegners betragen: ein Toter, drei Kämpfer wurden verletzt.

Zusätzliche Informationen über Verluste des Gegners werden noch ermittelt.

Die Materialien zur Fällen von Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung der Republik werden den Vertretern internationaler Organisationen sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 79. Brigade der BFU Luzenko hinzuzufügen.

de.sputniknews.com: Pipeline-Streit: Maas wirft USA Angriff auf EU-Souveränität vor

Die deutsche Bundesregierung und deutsche Wirtschaft kritisieren die angedrohten US-Sanktionen gegen die geplante Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2.

Der Außenminister Heiko Maas beschuldigte Washington am Donnerstag der Missachtung des Rechts und der Souveränität Europas.

„Die US-Regierung missachtet das Recht und die Souveränität Europas, selbst zu entscheiden, wo und wie wir unsere Energie beziehen“, zitiert Reuters den Minister.

Man habe der US-Seite mehrfach deutlich gemacht, wie die deutsche und europäische Sicht auf das Pipeline-Projekt sei.

„Die europäische Energiepolitik wird in Europa gemacht und nicht in Washington. Extraterritoriale Sanktionen lehnen wir klar ab.“

Der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Oliver Hermes, sprach von einem „unfassbaren Tiefpunkt in den transatlantischen Beziehungen“.

Seit dem 15. Juli gilt keine Ausnahmeregelung mehr für europäische Energiefirmen von dem US-Sanktionsgesetz CAATSA (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act, dt. Gesetz zur Implementierung und Ausweitung von Sanktionen). Damit könnten ab sofort alle Unternehmen sanktioniert werden, die sich am Projekt Nord Stream 2 beteiligten, warnte der Ostausschuss. ...